

Herr Michael Lohaus	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Dr. Birgit Meyer	Bühnen der Stadt Köln
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Patrick Wasserbauer	Bühnen der Stadt Köln

Stellv. Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Turadj Zarinfar	Büro Zarinfar
----------------------	---------------

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender Prof. Schäfer eröffnet die 3. Sitzung/1. Sondersitzung des Unterausschusses Kulturbauten und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass er diese wie folgt modifizieren möchte:

TOP 1.3, Anfrage der FDP-Fraktion betr. „Oper im Staatenhaus – Kosten und alternative Lösungen“, AN/1080/2015

werde im Einvernehmen mit dem Fragesteller, der FDP-Fraktion, in den zuständigen Betriebsausschuss Bühnen verwiesen, da es sich hier nicht um eine bauliche Angelegenheit handele.

TOP 1.4 Sanierung Bühnen, 2204/2015

Den Protokollauszug aus dem Hauptausschuss bitte er zur Kenntnis zu nehmen und in die Diskussion mit einzubeziehen.

TOP 1.5 Anfrage der Freien Wähler Köln betr. „Politische Verantwortung für Opernflop“, AN/1098/2015

sei verfristet. Da bisher keine Stellungnahme vorliege, schlage er vor, diese in der kommenden Sitzung zu behandeln.

TOP 1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke betr. „Auswirkungen der Insolvenz der Firma Imtech auf den Fortschritt der Opersanierung“, AN/1102/2015

bitte er unter TOP 1.3 aufzunehmen.

TOP 1.7 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und der Fragen von SPD, CDU, Grüne und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015

beantworte die bisher aufgeworfenen Fragen der Fraktionen und gehöre s.E. somit zu TOP 1.1.1, aktuelle Situation.

RM Dr. Elster und Henseler sind mit dem Verfahren zu TOP 1.5 nicht einverstanden und bitten, diesen in der heutigen Tagesordnung zu belassen.

Nach kurzer Diskussion über die Strukturierung der heutigen Sitzung legt der Ausschuss die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

1.1 aktuelle Situation

1.1.1 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und Beantwortung der Fragen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015
2328/2015

1.2 zukünftige Planung

1.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.07.2015 betr. "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen"
AN/1080/2015
- verwiesen in den Betriebsausschuss Bühnen -

1.4 Sanierung Bühnen Köln
2204/2015

1.5 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 06.08.2015 betr.
Politische Verantwortung für Opernflop
AN/1098/2015

1.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betr. "Auswirkungen der Insolvenz der Firma Imtech auf den Fortschritt der Opernsanierung"
AN/1102/2015

1.7 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln
2326/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

1.1 aktuelle Situation und

1.2 zukünftige Planung

1.1.1 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und Beantwortung der Fragen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015 2328/2015

Hinweis der Verwaltung: Dieser TOP wurde ursprünglich unter TOP 1.7 umgedruckt

Ausschussvorsitzender Prof. Schäfer bedankt sich zunächst nachdrücklich bei der Verwaltung für die ausführliche und zügige Beantwortung der in den vergangenen Tagen aufgeworfenen Fragen - gleichwohl sicherlich nicht alle Fragen erschöpfend beantwortet seien. Er macht zudem deutlich, dass auch heute noch die Enttäuschung über den nicht haltbaren Termin zur Wiedereröffnung der Oper bzw. die sehr späte Information hierüber mehr als schwer wiege. Dennoch möchte er allen Mitarbeitern für ihren bisherigen Einsatz danken; dies sei in der Presse und auch in den politischen Debatten bisher nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen.

Unter Bezugnahme auf die bisherigen Diskussionen und insbesondere auf die Pressekonzferenz macht BG Höing deutlich, dass auch er in seiner Eigenschaft als Baudezernent und erster Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft sehr wohl eine Verantwortung für dieses Projekt getragen habe und auch weiter tragen werde; sofern ein anderer Eindruck entstanden sei, möchte er sich dafür entschuldigen. Die Verwaltung müsse nun alles daran setzen, das verloren gegangene Vertrauen wieder zu erlangen und diese Sanierung zu einem guten Ende zu bringen. In einem ersten Schritt habe sie sich bemüht, auf alle offenen Fragen und Kritikpunkte einzugehen, wohlwissend dass auf diese Antworten neue Fragen folgen werden. Er könne zusagen, dass die Verwaltung auch in den kommenden Sitzungen der betroffenen Ausschüsse Transparenz zeigen und Rede und Antwort stehen werde.

Herr Höing berichtet weiter von der Insolvenz der Fa. Imtech; die Verwaltung habe hierzu eine task force mit juristischer Begleitung eingerichtet. Welche Konsequenzen diese Insolvenz letztendlich für das Projekt habe, könne heute nicht gesagt werden. Es müssen weiterhin alle Optionen betrachtet und abgewogen werden.

BG Höing betont, dass die Verwaltung versuchen werde, das verloren gegangene Vertrauen in den nächsten Monaten schrittweise wieder zu erlangen. Ein möglicher Schritt hierzu könnte sein, den hiesigen Unterausschuss öfters tagen zu lassen und darüber hinaus auch über die Entwicklung auf der Baustelle kontinuierlich auf dem Laufenden zu halten. Möglich wären zudem regelmäßige Führungen über die Baustelle, um auch vor Ort über neuralgische Punkte diskutieren zu können.

Die kritisierten angeblich horrenden Ausgaben für Beschleunigungsmaßnahmen ansprechend sagt er zu, in der kommenden Sitzung des Unterausschusses eine Über-

sicht vorzulegen, um das Verhältnis zwischen Gesamt- und Beschleunigungsbudget ganz objektiv betrachten zu können. Konkrete Aufgabe der Verwaltung sei es nun, das Projekt voranzutreiben. Nichtsdestotrotz müssen hieraus auch Schlüsse für die vielen anderen Bauprojekte in dieser Stadt gezogen werden.

Herr Höing weist darauf hin, dass die Verwaltung in einem ersten Schritt einen 20-seitigen Antwortenkatalog erstellt habe und geht kurz auf einige dort dargestellten Fakten und Daten ein. Er macht dabei auch deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt weder eine seriöse Kostenschätzung noch ein Fertigstellungstermin benannt werden können. Zu dem bereits im Hauptausschuss angesprochenen 11-Punkte-Plan werden der Projektsteuerer, Herr Zarinfar, und auch er sicherlich im späteren Verlauf der Sitzung noch etwas sagen.

Seitens der CDU-Fraktion bedankt sich RM Dr. Elster zunächst für diese Ausführungen, kritisiert jedoch auch, dass das Kulturdezernat sich nicht geäußert habe. Er betont, dass der Vertrauensverlust enorm sei; hier gelte es, dieses wieder herzustellen. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise weist er nachdrücklich darauf hin, dass Gewerke erst beauftragt werden können, wenn die Komponenten Leistungsumfang, Endtermin und Kosten bekannt seien. Vorher können weder Verhandlungen mit den Firmen noch Planungen oder Entscheidungen über ein Interim getroffen werden. Dies müsse seines Erachtens bis zur kommenden Ratssitzung aufgearbeitet werden; vorher könne der Rat nicht seriös über ein mögliches Interim im Staatenhaus oder an anderen Orten beschließen. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, dass die Verwaltung derzeit widersprüchliche Aussagen tätige, die das Entscheidungsvermögen der Politik empfindlich beeinträchtige. Das Baudezernat habe eingeräumt, dass man die Konsequenzen der Insolvenz der Fa. Imtech noch nicht absehen könne, der Sprecher des OB hingegen habe mitgeteilt, dass die Firma wie gewohnt weiterarbeite und alles seinen Lauf nehme. Weiterhin habe Herr Zarinfar im Rechnungsprüfungsausschuss (RPAu) im Juni mitgeteilt, dass er die Projektsteuerung seit Februar innehabe; in den schriftlich vorliegenden Stellungnahmen hingegen behaupte die Verwaltung, dass er die Aufgabe erst im April übernommen habe.

RM von Bülow erinnert an die intensiven Diskussionen im Hauptausschuss; hier wurde bereits dargelegt, wie das verloren gegangene Vertrauen wieder erlangt werden könne und wie die Aufklärung dieses Vorganges aufgearbeitet werden müsse. Nach wie vor unklar sei ihr noch, wie die Entscheidungskompetenzen bei diesem Projekt verteilt seien; weder dem Organigramm noch den vorliegenden Ausführungen könne man entnehmen, wer beispielsweise in einem Konfliktfall die finale Entscheidung treffen. Hier bitte sie nachzubessern. An die Ausführungen ihres Vorredners zum Wechsel des Projektsteuerers anknüpfend kritisiert auch sie, dass dies zwar im RPAu kommuniziert wurde, nicht jedoch in den zuständigen Gremien Unterausschuss Kulturbauten und Betriebsausschuss Bühnen. Zudem müsse die Frage aufgeworfen werden, welches Gremium aus welchen Gründen den Wechsel in der Projektsteuerung beschlossen habe und was der Anlass für die vertiefenden Untersuchungen von der Fa. Zarinfar war. Dieser Aspekt sei in der Tat sehr nebulös. Auch nicht nachvollziehen könne sie die zeitliche Schiene, die die Verwaltung nun präsentiere. Warum wurde trotz vorheriger Zweifel am Fertigstellungstermin erst am 21.07. die „Reißleine“ gezogen, die Politik und die Öffentlichkeit jedoch erst am 23.07. informiert. In der Ratssitzung am 23.06. beispielsweise wurde der Wirtschaftsplan verabschiedet, wenige Tage zuvor der künftige Spielplan der Oper bekannt gegeben - dies sei nun alles obsolet.

Für die FDP-Fraktion schließt sich RM Sterck den kritischen Fragen seiner Vorrednerin hinsichtlich der präsentierten Zeitschiene an. Angesichts der bekannten Vorgänge

– Leistungsverweigerung im April/Mai auf der Baustelle, Wechsel der Projektsteuerung – müsse die Frage aufgeworfen werden, warum nicht bereits zum 01.06. – also rechtzeitig vor der Ratssitzung – die Feststellung getroffen wurde, dass der Fertigstellungstermin nicht haltbar sei. Neben den von Frau von Bülow angesprochenen Aspekten Wirtschaftsplan und Veröffentlichung des Spielplans hätte dann auch eine Entscheidung über das Staatenhaus zurückgestellt werden können. Nun müsse man dieses für teures Geld wieder anmieten. Die herrschenden Mechanismen hätten hier versagt und dies seien die zentralen Punkte, die es gelte aufgeklärt zu werden. Die gegebenen Antworten seien bei Weitem nicht ausreichend.

RM Stahlhofen fragt nach, wie sich die Vertragsverhandlungen mit den einzelnen Gewerken darstellen, insbesondere ob (Fertigstellungs-)Termine in den einzelnen Verträgen festgelegt werden; hier seien die Äußerungen im Hauptausschuss etwas missverständlich gewesen. Zudem möchte sie wissen, zu was die Gebäudewirtschaft (GW) grundsätzlich in der Lage sei bzw. welche Kapazitäten sie habe oder ggf. benötige.

Vorsitzender Prof. Schäfer nimmt Bezug auf die in der Stellungnahme dargestellte Organisationsstruktur bzw. Verantwortungskette. Diese Struktur sei im Grunde genommen wie ein fließendes Zahnrad aufgebaut – sobald ein Teil dieses komplexen Gebildes wegbreche, würde es extrem haken. Herr Zarinfar habe am Ende bauliche Mängel festgestellt, die aber nicht von heute auf morgen zustande gekommen sein können. Zudem habe auch die Baustellenbesichtigung, die der Ausschuss vorletzte Woche durchgeführt habe, einige Fragen aufgeworfen. Ihm erschließe sich nicht, warum bei den Baustellenbesichtigungen durch die Verantwortlichen im Mai und im Juni nicht auch bereits erkannt wurde, dass die Mängel beispielsweise bei den Brandschutzanlagen derart gravierend sind, dass eine Fertigstellung bis November nicht funktionieren kann. Zu dieser Erkenntnis hätte man nicht erst am 15.07. kommen dürfen und er frage sich, welche Verantwortlichen von diesen Mängeln wie dezidiert Kenntnis hatten.

Irritiert sei er auch über die Tatsache, dass am 17.07. seitens des OB-Büro eine Vorlage zur Innenausstattung der Bühnen verschickt wurde, obwohl der Verwaltung am 15.07. bereits bekannt war, dass der Eröffnungstermin nicht gehalten werden kann. Diese Art von fehlender Kommunikation dürfe bei einem derartigen Projekt nicht passieren.

BG Laugwitz-Aulbach nimmt Bezug auf die eingangs abgegebene Stellungnahme von BG Höing insbesondere zu den Themen Verantwortung und Vertrauen und führt aus, dass zu dem von ihm oft benutzten Wort „wir“ selbstverständlich auch das Kulturdezernat, d.h. auch sie, gehöre. Bereits in einem kürzlich geführten Presseinterview habe sie deutlich gemacht, dass auch sie Verantwortung getragen haben und dies auch künftig tun werde. Die Unterstellung, dass sie die Verantwortung nicht übernehmen wolle, habe sie sehr getroffen. Es sei nun sicherlich sehr schwierig, das Vertrauen wieder aufzubauen; sie möchte jedoch hierbei an vorderster Stelle mitwirken. Sie sei immer der Ansicht gewesen, dass die Verwaltung die Politik bestmöglich und in transparentester Weise informiert und mitgenommen habe. Es könne jetzt nur einen Weg geben, das Vertrauen wiederherzustellen: Die Politik müsse noch enger an dem Prozess – Bühnensanierung und Eröffnung – anbinden und mit hineinnehmen. Hierzu habe die Verwaltung bereits einige Vorschläge unterbreitet. Auch die Fragen, die heute gestellt werden und voraussichtlich künftig noch gestellt werden, werde die Verwaltung mit bestem Wissen und Gewissen beantworten.

Auf die Fragen der bisherigen Diskussionsrunde eingehend betont BG Höing, dass er den Wunsch nach einer verlässlichen Aussage über Fertigstellungstermin und Kosten natürlich nachvollziehen könne; dennoch brauche es hierzu noch etwas Zeit. Die Verwaltung müsse die neue Sachlage nun schnellstmöglich identifizieren.

Weiterhin räumt er ein, dass der Wechsel des Projektsteuerers deutlicher hätte kommuniziert werden müssen und zwar in der Tat in die zuständigen Ausschüsse. In der Sache habe die Verwaltung jedoch seiner Zeit die richtige Entscheidung getroffen. Man sei in einer Phase des Projektes gewesen, in der man handeln musste und erhöhte Baustellenpräsenz erforderlich wurde, um die Priorisierungen auf der Baustelle begleiten zu können. Die Steuerung eines derart großen Projektes vom Schreibtisch aus sei nicht möglich.

Herr Höing spricht auch die kritische Frage von Frau Stahlhofen, was die Gebäudewirtschaft überhaupt leisten könne, an und führt aus, dass es nicht möglich sei, für alle Controller weitere Controller vorzuhalten; hierzu habe man auch externe Expertise teuer eingekauft.

Ergänzend zu diesen Ausführungen stellt Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, klar, dass die GW bei diesem Projekt personell extrem gut aufgestellt sei. Alleine die Projektleitung sei mit 6 Mitarbeitern besetzt und für ein Projekt dieser Größenordnung auskömmlich. Unterstützend würden noch weitere Mitarbeiter beispielsweise aus dem Einkauf zuarbeiten. Darüber hinaus sei aufgrund des erforderlichen Fachwissens, das die GW nicht habe wie vertiefte Kenntnisse in der Theatertechnik, besondere Kenntnisse in der Boden- und Drahtwerkskunde, externer Sachverstand hinzugekauft worden. Insgesamt seien somit 100 Bauleitern für dieses Projekt tätig.

Herr Zarinfar, Projektsteuerer, geht auf die kritischen Nachfragen hinsichtlich der zeitlichen Abfolge ein und verweist hierzu auf die Anlage der Mitteilung 2328/2015. Dieser grafischen Darstellung können die wesentlichen Daten und Fakten entnommen werden. Darüber hinaus teilt er mit, dass im Februar d.J. zwei wichtige Klausurtagungen mit den Projektbeteiligten - den Planungs- und Bauleitungsbüros, der Projektsteuerung, der Projektleitung und dem Bauherrn – stattgefunden haben, bei denen man sich erneut auf das angestrebte Ziel eingeschworen habe, aber auch ganz offen über Missstände gesprochen wurde. Hierbei wurde auch die Priorisierung auf Opern- und Schauspielhaus festgelegt. Im Zeitraum zwischen Februar und April wurden die hieraus gewonnenen Erkenntnisse auch in Richtung Projektsteuerung intensiviert und zwar derart, dass die Projektsteuerung noch mehr auf der Baustelle stattfand. Der offizielle Vertragsübergang fand in der Tat erst im April statt. Zwischen April und Juni, seien die Behinderungsanzeigen auf der Baustelle dann derart rapide nach oben angestiegen, dass Anfang Juni entschieden wurde, einen neuen Terminplan mit allen bekannten Störungen aufzustellen. Bis Mitte Juli wurde somit von allen Bereichsbauleitern für alle Bereiche dargestellt, welche Störungen bestehen und wie sich der Bauablauf bei Beseitigung der Störungen verschieben würde. Beim Workshop am 15.07. wurden diese Pläne abgeglichen und man gelang zu der Erkenntnis, dass dem Bauherrn der Wiedereröffnungstermin 07.11. als unhaltbar gemeldet werden muss. Herr Zarinfar betont nachdrücklich, dass dies in der Tat nicht früher erkennbar war.

RM Sterck bedankt sich bei Herrn Zarinfar für diese Erläuterungen, zeigt jedoch auf, dass somit spätestens Anfang Juni – als entschieden wurde, neue Terminpläne zu erarbeiten – das Risiko, den Fertigstellungstermin nicht zu erreichen, erheblich angestiegen war und ein Plan B – u.a. Nichtveröffentlichung der Spielpläne, Zurückhalten

des Staatenhauses - hätte in Gang gesetzt werden müssen. Hierzu vermisse er ein Statement und Eingeständnis der Verwaltung; das Haltesignal sei zu diesem Zeitpunkt eindeutig überfahren worden.

Zu der soeben – 15.40 Uhr - erhaltenen Tischvorlage „Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln“, 2326/2015 merkt er an, dass er es für sehr befremdlich halte, diese ohne jegliche Vorankündigung zu verteilen und zu erwarten, dass der Ausschuss ad hoc ein Votum über neu einzugehende Verpflichtungen i.H.v. 20 Mio. € abgebe.

RM Dr. Elster fasst die vier wesentlichen Ereignisse zwischen Februar und 01. Juni zusammen: die Klausurtagungen, Leistungsverweigerung auf der Baustelle, Wechsel in der Projektsteuerung sowie Neuplanung der Termine. Über alle diese Dinge sei die Politik viel zu spät bzw. unzureichend informiert worden. Zudem werde im Monatsbericht Mai „lediglich“ die Androhung der Leistungsverweigerung aufgeführt; dies sei in der Tat jedoch ein großer Unterschied. Zudem wäre es interessant zu erfahren, warum Firmen die Leistung auf der Baustelle verweigert haben bzw. dies angedroht haben. Das Kommunikationsverhalten der Verwaltung dürfe so keinesfalls weitergeführt werden, ggf. müssen bei wichtigen Entwicklungen Sondersitzungen einberufen werden.

RM von Bülow unterstreicht diese Ausführungen. Man habe den Unterausschuss Kulturbauten und den Betriebsausschuss Bühnen eingerichtet, um insbesondere das Projekt Bühnen aufmerksam und kontinuierlich zu begleiten und nicht dieselben Fehler wie bei früheren Bauprojekten zu machen. Nun sei man gescheitert und müsse gucken, was für die Zukunft verbessert werden könne. Die Verwaltung habe dargelegt, dass u.a. durch die Monatsberichte eine Transparenz geschaffen wurde. Diese Aussage könne sie so nicht akzeptieren. Der Ausschuss habe die Berichte immer wieder eingefordert; vorgelegt wurden sie jedoch nicht regelmäßig. Künftig müsse sichergestellt werden, dass die Monatsberichte regelmäßig – d.h. jeden Monat – den Mitgliedern der betroffenen Ausschüsse vorgelegt werden, auch wenn keine Sitzungen anberaumt seien.

Zudem möchte auch sie noch einmal auf den Zeitraum Mai/Juni zu sprechen kommen und bittet hierzu die Leitung der Bühnen um Mitteilung, was dort wann konkret bekannt war. Auch nach den Erläuterungen der Verwaltung bleibe die Frage offen, ob nicht bereits zu diesem Zeitpunkt hätte die Reißleine gezogen werden müssen. Unklar seien ihr auch nach wie vor die Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse. Die Antwort „wir alle“, d.h. Bau- und Kulturdezernat reiche ihr nicht aus und sei zu pauschal.

Auch RM Stahlhofen vertritt die Auffassung, dass ihre aufgeworfene Frage hinsichtlich der Vertragsgestaltung und Ausführungsfristen nicht ausreichend beantwortet wurde und bittet um nähere Erläuterungen. Dies sei ihres Erachtens von wesentlicher Bedeutung für mögliche Regressansprüche.

Vorsitzender Prof. Schäfer nimmt erneut Bezug auf das vorliegende Organigramm und möchte wissen, wer konkret die finale Entscheidung getroffen habe, dass der Fertigstellungstermin nicht zu halten sei. Dies sei wichtig zu wissen, um den 11-Punkte-Plan – der nun in der Tat ein Krisenplan sei - realistisch mit Zwischenschritten angehen zu können.

Auf die massive Kritik des RM Sterck eingehend räumt Frau Rinnenburger ein, dass die Zeitschiene durchaus nicht leicht verständlich sei. Sie schlägt daher vor, dies noch einmal schriftlich zu verdeutlichen. Zugleich werde die Verwaltung dann versuchen,

nähere Erläuterungen zu der von RM Dr. Elster aufgeworfenen Frage zur Leistungsverweigerung abzugeben. Es sei durchaus nicht selten, dass man auf Baustellen mit verschiedenen Leistungserbringern im Dissens stehe; dann müsse jedoch unterschieden werden zwischen einem berechtigten Leistungsverweigerungsrecht und einer nicht berechtigten Leistungsverweigerung. Dieser Unterschied in den Begrifflichkeiten sei von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Sachlage.

Der ursprünglich tätige Projektsteuerer wurde nach einer europaweiten Ausschreibung nach VOF-Verfahren beauftragt. Zu einem derartigen Verfahren werden die Fraktionen grundsätzlich schriftlich dazu gebeten; im vorliegenden Fall waren SPD, CDU und FDP stimmberechtigt vertreten. Bei diesem Verfahren wurden seinerzeit Herr Zarinfar und Andere als Subunternehmer von DU Diederichs vorgestellt. Infolgedessen habe die Verwaltung es auch für unkritisch erachtet, Herrn Zarinfar zu einem kritischen Zeitpunkt die Projektsteuerung in Gänze zu übertragen. Die Verwaltung könne dies auch nochmal schriftlich aufbereiten. Darüber hinaus werde man auch versuchen, das Organigramm mit den aufgeworfenen Fragen zur Entscheidungsbefugnis in einem Fließtext verständlicher dazustellen.

Die Frage von Frau Stahlhofen beantwortet Frau Rinnenburger dahingehend, dass in den abgeschlossenen Bau- bzw. Werkverträgen selbstverständlich Fristen festgelegt seien. Die meisten Firmen, die für dieses Projekt tätig seien, bekämen eine Frist in Bautagen; d.h. für die Erbringung einer bestimmten Leistung werden beispielsweise 250 Werktage festgeschrieben. Hier sei es nun extrem wichtig aber auch diffizil, zu welchem Zeitpunkt diese 250 Werktage beginnen.

RM Dr. Elster kritisiert die eigenmächtige Entscheidung der Verwaltung, die Projektsteuerung auf das Büro von Herrn Zarinfar zu übertragen, massiv. DU Diederichs habe gerade für ein Projekt dieser Größenordnung sehr gute Referenzen vorweisen und daher auch das Verfahren für sich gewinnen können.

Herr Wasserbauer, Geschäftsführender Direktor der Bühnen Köln, stellt klar, dass sowohl über die Klausurtagungen als auch über die neuen Priorisierungen berichtet wurde. Den Bericht des Monats Mai erachte er durchaus für transparent; die Bühnen hätten sich immer bemüht, die Realität auf der Baustelle in den Berichten abzubilden. Auch im Juni habe der sog. Terminplan 9.0 noch Gültigkeit gehabt. Sicherlich sei man über das nicht geringe Risiko in Kenntnis gesetzt worden und die Sanierung in drei Jahren durchzuführen, sei ein sportliches Ziel gewesen; die Bühnen hätten jedoch immer wieder versucht, auf gewisse Einschränkungen praxisnah und auch mit Priorisierungen zu reagieren.

Ergänzend zur Zusage von Frau Rinnenburger, weitere Erläuterungen zur kommenden Sitzung schriftlich nachzureichen, schlägt BG Höing vor, auch anhand von konkreten Beispielen darzustellen, wer welche Entscheidungskompetenzen innehat. Zudem werde die Verwaltung für die Zukunft genauestens überlegen, welche Aktivitäten und Handlungen zum laufenden Geschäft der Verwaltung zählen und bei welchen die Politik eingebunden oder zumindest informiert werden müsse. Zum Thema Wechsel der Projektsteuerung möchte er noch nachdrücklich darauf hinweisen, dass dies die richtige Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt war.

RM Sterck greift diese letzte Äußerung auf und weist darauf hin, dass der Ausschuss ein sehr großes Interesse daran habe zu erfahren, welche konkreten Gründe für den Wechsel ausschlaggebend waren. Bedauerlicher Weise habe man jedoch der Presse

entnehmen müssen, dass hier Verschwiegenheit vereinbart wurde. Dies trage nicht unbedingt zur Transparenz bei.

Herrn Wasserbauer wirft er vor, nicht rechtzeitig genug auf die Bremse getreten zu haben. Wenn die Bühnen Ende Mai von dem steigenden Risiko der Nichteinhaltung des Fertigstellungstermins gewusst haben, hätte ein etwaiger Plan B greifen müssen. Stattdessen habe man bewusst die Maschinerie in Gang gesetzt, d.h. die Spielpläne veröffentlicht und zugesehen, wie das Staatenhaus veräußert wird.

Auch die Aussage, dass die Politik kontinuierlich auf dem Laufenden gehalten wurde, möchte Herr Sterck so nicht stehen lassen. Der hiesige Ausschuss tage heute erst zum 3. Mal in dieser Wahlperiode. Hinsichtlich der von den Bühnen heute eingereichten Tischvorlage zur weiteren Vorgehensweise bei der Sanierung merkt er an, dass er diese Thematik, die politische Legitimation, bereits in der Sitzung am 19.01. angesprochen habe.

Herr Wasserbauer räumt ein, dass zwar der Unterausschuss in der Tat nicht so häufig tage; jedoch habe man regelmäßig dem Betriebsausschuss Bühnen – der in der Regel alle vier Wochen tage – berichtet.

RM Dr. Elster weist nachdrücklich darauf hin, dass jedoch die Monatsberichte nicht vorgelegt wurden; die Berichte März bis August 2014 beispielsweise seien nicht präsentiert worden, obwohl mehrfach nachgefragt wurde. In der September-Sitzung habe Frau Rinnenburger lediglich mündlich berichtet und zugesagt, dass der Bericht der Projektsteuerung nachgereicht werde – was jedoch nicht passiert sei. Im Herbst 2014 habe man der Zeitung entnehmen müssen, dass das Kostenrisiko eingetreten sei. Erst im Februar d.J. seien die Berichte sukzessive nachgereicht worden.

Vorsitzender Prof. Schäfer hingegen betont, dass Herr Wasserbauer, Frau Laugwitz-Aulbach und auch Frau Rinnenburger regelmäßig im Betriebsausschuss Bühnen mündlich berichtet und Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet haben. Dies könne auch den jeweiligen Sitzungsniederschriften entnommen werden. Richtig sei allerdings in der Tat, dass die Berichte nicht regelmäßig wie vereinbart vorgelegt wurden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Herr Prof. Schäfer vor, die heute aufgeworfenen Fragen und Kritikpunkte in der kommenden Sitzung am 24.08. aufzugreifen und den Tagesordnungspunkt für heute zu schließen.

1.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.07.2015 betr. "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen" AN/1080/2015

Die Anfrage wurde zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in den zuständigen Betriebsausschuss Bühnen verwiesen.

**1.4 Sanierung Bühnen Köln
2204/2015**

**1.5 Anfrage der Freien Wähler Köln vom 06.08.2015 betr.
Politische Verantwortung für Opernflop
AN/1098/2015**

BG Laugwitz-Aulbach sagt zu, eine schriftliche Stellungnahme schnellstmöglich nachzureichen.

RM Henseler möchte ergänzend zu den eingereichten Fragen wissen, ob die Verwaltung ernsthaft glaube, dieses Desaster ohne eine komplette Neuorganisation der Bauverwaltung von der Projektsteuerung auf Baustellen bis hin zum Baudezernat zu überstehen.

Weiterhin habe man der Presse entnehmen können, dass die Fa. Imtech durchaus mit Fällen von Korruption in Verbindung gebracht wurde; von daher bitte er um Mitteilung, wann genau die Firma von der Stadt Köln beauftragt wurde.

**1.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betr. "Auswirkungen der Insolvenz der Firma Imtech auf den Fortschritt der Opersanierung"
AN/1102/2015**

RM Stahlhofen bittet in Konkretisierung zu ihrer eingereichten Anfrage um Mitteilung, seit wann die Fa. Imtech auf der Opern-Baustelle tätig sei. Zudem möchte sie wissen, ob die Presseberichte richtig seien, nach denen der Insolvenzverwalter alle Auszahlungen eingestellt und ob bzw. welche Auswirkungen dies auf die Baustelle habe.

Frau Rinnenburger berichtet, dass die Gebäudewirtschaft über den Insolvenzantrag der Fa. Imtech auch erst in der vergangenen Woche aus der Presse erfahren habe. Die Verwaltung habe seitdem mehrfach in dieser Angelegenheit zusammengesessen und sich auch mit Rechtsanwälten beraten. Die hierfür eingerichtete task-force werde weiter an diesem Thema arbeiten. Der Rechtsanwalt wurde beauftragt, mit dem Insolvenzverwalter Kontakt aufzunehmen. Üblicher Weise werden Löhne im Falle einer Insolvenz drei weitere Monate vom Arbeitsamt ausgezahlt. In dieser Zeit entscheide der Insolvenzverwalter über das weitere Vorgehen. Auch nur aus der Presse habe die Verwaltung erfahren, dass dieser in die bestehenden Verträge einsteigen möchte. Eine konkrete Rückmeldung seitens des Insolvenzverwalters liege aber bis jetzt nicht vor. Überprüft werde derzeit auch, wie die Situation auf anderen Großbaustellen und somit wie die Chancen der Stadt Köln aussehen. Betraut war die Fa. Imtech mit den Gewerken Baustrom zur Verfügung stellen, Starkstromanlagen und Kältetechnik. Nach derzeitigem Beurteilungstand betrage der Fertigstellungsgrad ca. 80 %. Es müsse nun mittels Gutachten ein genauer Leistungsstand festgestellt werden, um eine Abgrenzung gegenüber dem Insolvenzverwalter vornehmen zu können und die noch nicht erbrachten Leistungen neu vergeben zu können. Dies wäre auch die Basis, um aus dem Vertrag aussteigen zu können und ein neues Leistungsverzeichnis zu erstellen. Hierfür benötige die Verwaltung – vorsichtig geschätzt – sechs bis acht Monate, falls überhaupt jemand gefunden werde, der in dieses Gewerk einsteigen möchte. Auch hier plane die Verwaltung alle denkbaren Optionen.

Bei einer Vergabe an eine Firma werden üblicherweise verschiedene Parameter zu Grunde gelegt. Hierzu, zu der Frage, ob die Seriösität der Firma geprüft wurde und wie lange die Firma schon auf der Baustelle tätig war, werde die Verwaltung voraussichtlich in der kommenden Sitzung Stellung beziehen.

Aktuell könne sie berichten, dass heute kein Beschäftigter der Firma Imtech mehr auf der Baustelle erschienen sei.

1.7 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln 2326/2015

Ausschussvorsitzender Prof. Schäfer teilt mit, dass er sich heute nicht in der Lage sehe, hierüber zu beschließen; wenngleich er die Notwendigkeit, Planungssicherheit für die Bühnen sicherzustellen, nicht in Zweifel stelle. Da sich der Finanzausschuss erst am 07.09. mit der Vorlage auseinandersetzen werde, schlage er vor, die Vorlage in die kommende Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten am 24.08. zu vertagen.

RM Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass der Unterausschuss keine Beschlüsse fasse, sondern vielmehr nur vorberatend tätig sei. Dem Vorschlag von Herrn Prof. Schäfer könne sich die CDU-Fraktion anschließen.

Auch RM von Bülow spricht sich für die Vertagung aus; bis dahin könne der Sachverhalt vertiefend geprüft werden.

➤ Die Beschlussfassung wird bis zur kommenden Sitzung am 24.08.2015 **vertagt**.

Prof. Klaus Schäfer
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(stellv. Schriftführerin)